

KSTA 11.07.14

Es wird eng in den Flüchtlingsheimen

ASYL Bergisch Gladbach mietet Appartements

Bergisch Gladbach/Kürten. Weiterhin wächst die Zahl der Asylbewerber, die die bergischen Kommunen unterbringen müssen – in Overath und Rösrath haben die Kommunen wegen unerwartet steigender Sozialausgaben, wie berichtet, bereits Haushaltssperren verhängt.

„Die Zahl der Asylbewerber ist in Bergisch Gladbach in den letzten Tagen weiter angestiegen, um sechs Menschen“, berichtet Bergisch Gladbachs Stadtsprecherin Marion Linnenbrink. Rund 260 Flüchtlinge sind in der Kreisstadt derzeit registriert, die Unterkünfte bieten Platz für 241 Menschen. Mit einer engeren Belegung und der Anmietung von Appartements in Hotels versucht sich die Stadt zu behelfen; auch ein Wohnungsneubau für 24 Menschen an der Gierather Straße ist vorgesehen.

Eng zusammenrücken

Für die Gemeinde Kürten berichtet Geschäftsbereichsleiterin Monika Chimitschenko ebenfalls von einem „engeren Zusammenrücken“. In der zentralen Unterkunft an der Wipperfürther Straße (ein Wohncontainer neben der Grundschule) betreut die Gemeinde derzeit 49 Personen, alles Männer. „Ein klein wenig Platz ist da noch“, sagt Chimitschenko, vielleicht für fünf bis sechs Personen. Schon jetzt seien Unterkunftsräume mit sechs Menschen unter-

schiedlicher Herkunft belegt. Neun Frauen mit ihren Kindern hat die Verwaltung im Wohnhaus am Kürtener Halfenberg untergebracht. „Drei bis vier Plätze hätten wir am Halfenberg noch. Allerdings müssen in diesem Haus auch obdachlose Deutsche unterkommen können.“ Im vergangenen Jahr habe die Gemeinde insgesamt elf Asylbewerber zugewiesen bekommen. „Jetzt sind es schon elf in der ersten Jahreshälfte.“ Zwei Ideen habe die Verwaltung, um mehr Platz zu schaffen: die Unterbringung von Flüchtlingen im leerstehenden ehemaligen Bürgerzentrum Alte Schule in Kürten-Eichhof und die Bereitstellung einer Wohnung im Obergeschoss der alten Feuerwache in Bechen.

Einmalzahlung vom Land

Konkrete Pläne für beide Standorte habe die Verwaltung aber bislang nicht. Was die Gemeinde auf jeden Fall vermeiden wolle, sei die Anmietung von privatem Wohnraum. Schon wegen der dreimonatigen Kündigungsfrist sei dies „sicherlich nur die allerletzte Option“. Wie Kämmerer Willi Hembach ergänzt, droht in Kürten momentan keine Haushaltssperre. Zwar werde es aufgrund der Flüchtlingsströme Mehrkosten von etwa 50 000 Euro geben, allerdings fange eine einmalige Sonderzahlung des Landes diese Ausgaben wieder auf. (cbt)